

## Die neuen Postgebühren.

Zwei Monate nach der deutschen Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren tritt die gleiche Maßregel bei uns in Kraft. Diese Woche gehört noch den bisherigen Gebühren, vom nächsten Sonntag an gelten erst die erhöhten Sätze. Ein längeres Stauschieben empfiehlt sich aus zwei Gründen nicht. Erstens deshalb, weil schon in mehreren Staaten des Auslandes, nicht nur in Deutschland, sondern in allen kriegführenden Staaten, ja sogar in der neutralen Schweiz, das Porto bereits erhöht worden ist und es nicht gut angeht, daß zum Beispiel ein Brief nach Berlin billiger befördert werden soll als in der umgekehrten Richtung, von Berlin nach Wien. Das ist der Grund; aber es handelt sich auch darum, wie ja in dem Motivenbericht zu der betreffenden Verordnung ausdrücklich erklärt worden ist und wie es sich übrigens von selbst versteht, für die Deckung der Zinsen der Kriegsanleihen Vorsorge zu treffen. Die Steuern müßten zu diesem Zweck noch weit mehr erhöht werden, wenn nicht auch solche Maßnahmen, wie die aus dem Postbetrieb, durch Vermehrung derselben mitherangezogen würden. Die Heller, um die sich eine Postsendung oder ein Telegramm verteuert, summieren sich bei der großen Ausdehnung des Verkehrs zu einem Betrag von 90 Millionen Kronen jährlich. Das ist ein unentbehrlicher Beitrag zur Sicherstellung der Verzinsung der Kriegsanleihen, auf den die Finanzverwaltung nicht verzichten konnte. Wäre diese Erhöhung der Postgebühren in Oesterreich allein erfolgt, so könnte man dagegen einwenden, daß sie durch Steigerung der Geschäftskosten die Konkurrenz mit dem Ausland erschwere. Aber dadurch, daß in dem weitaus größten Teil Europas die Portotarife sich in demselben Verhältnis erhöhen, verringert sich der Druck der Mehrbelastung, und es wird gewissermaßen eine Ausgleichung hergestellt.

England ist schon ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, nämlich im September 1915, allen andern Staaten mit den Änderungen des Posttarifs vorausgeeilt, indem es vor allem die Halbpenny-Post, die dem Portosatz unserer Korrespondenzkarten entsprach, abschaffte, wodurch allein, wie der Schatzsekretär Mac Kenna im Parlament ausführte, 4,975,000 Pfund Sterling, also ungefähr 120 Millionen Kronen, für den Staatsschatz gewonnen werden. Gegenüber der Londoner Börse befindet sich ein Denkmal des Reformators des englischen Postwesens, Sir Rowland Hill, welcher im Jahre 1840 für geschlossene Briefe zuerst den Pennytarif durchsetzte. Dieses Pennyporto erfunden zu haben, war Englands Stolz. Es wurde aber später weit überboten durch die in Oesterreich nach der Idee des Professors Hermann zuerst eingeführte Korrespondenzkarte, die vom 22. September 1870 an eine gewaltige Umwälzung und ungeahnte Steigerung des Postverkehrs herbeigeführt hat. Im Juni 1871 wurde die Korrespondenzkarte auch von Deutschland übernommen und in den folgenden Jahren von allen Ländern der alten und der neuen Welt.

Es leben noch Leute, die sich an die hohen Portosätze vor der Festsetzung des einheitlichen Briefportos von fünf Kreuzern, später zehn Heller, erinnern. Das Porto von damals war weit höher, als es von nächster Woche an sein wird. Der Staat war in Zonen eingeteilt, je nach der Entfernung, und ein Brief von Wien nach Prag kostete zum Beispiel 15 Kreuzer, also das Doppelte des künftigen Tarifes. Die Verbilligung des Tarifes war allerdings ein großes Ereignis. Aber man vergesse nicht, daß durch den Weltkrieg ganz neue Verhältnisse geschaffen worden sind, die es offenbar allen Staaten unmöglich machten, auf den bisherigen Portotarifen zu beharren. Der Staat ist auch ein Kaufmann, und jetzt mehr als je. Schon vor dem Kriege hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, einzelne Portosätze zu erhöhen, weil das staatliche Geschäft des Postbetriebes sich nicht rentierte. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der Preis der Korrespondenzkarte von 4 auf 5 S. erhöht und der Wiener Lokalportotarif dem Portosatz für Briefe nach auswärts gleichgestellt werden mußte, denn es soll ja die Post

sich nicht nur aus ihren eigenen Einkünften erhalten, sondern darüber hinaus für den Staat noch einen Nutzen abwerfen. Besonders aber in heutiger Zeit, um zur Deckung der Kriegsanleihezinsen mit beizutragen. Ob der Postverkehr, zumindest vorübergehend, nicht abnehmen wird, ist freilich eine andre Frage. Bisher hat der Verkehr von Jahr zu Jahr zugenommen. In welchem Maße dies geschehen ist, darüber gibt die Statistik erstaunliche Aufschlüsse. Im Jahre 1865 betrug der gesamte Postverkehr in der diesseitigen Reichshälfte vier Stück jährlich pro Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1912 aber 68 Stück. Der Verkehr der Post hat sich also seit damals auf das 17fache gesteigert. Von 81 Millionen Stück ist er in diesem nicht ganz fünfzigjährigen Zeitraume auf nahezu 2000 Millionen Stück jährlich emporgewachsen. Was ist nicht alles aus der Post geworden. Man hat die Postanweisungen eingeführt, verschiedene andre Gattungen von Postanträgen, den Paketverkehr mit den 5-Kilo-Paketen, die pneumatische Post und die große Institution der Postparasse. Welche Rolle jetzt im Kriege die Feldpostkarten spielen, brauchen wir nicht des näheren auseinandersehen.

Von allen Steuerlasten werden naturgemäß diejenigen am leichtesten getragen, die man, ohne die Empfindung zu haben, eine Steuer zu entrichten, in ganz kleinen Teilbeträgen abstattet. Eine Steuer im eigentlichen Sinne ist das Porto überdies gar nicht, der Staat bietet ja dafür eine direkte Gegenleistung, er befördert den Brief oder das Frachtstück auf die größte Entfernung in der ganzen Monarchie sowie nach jeder Richtung des Auslandes und sorgt auch für die Einhäudigung an den Adressaten. Wir haben schon oben erwähnt, wie teuer das Postporto zu einer Zeit war, als der Lebensunterhalt spottbillig genannt werden mußte. Noch viel teurer, unglaublich teuer, stellte sich das Postporto in den 1830er Jahren. In einem deutschen Buche ist zu lesen, daß ein Brief von Frankfurt am Main nach Danzig damals einen halben Taler, das ist 1½ Mark, kostete. Ein solches Porto würde allerdings der heutige Verkehr nicht vertragen. Aber so wie der neue Tarif ist, muß er, wenn er auch wie jede Mehrbelastung, gewiß unwillkommen erscheint, als eine durch den Krieg verursachte unvermeidliche Notwendigkeit beurteilt werden. Der neue Posttarif trägt durch die Besteuerung, die er zur pünktlichen Erfüllung der Staatsverpflichtungen leistet, mächtig zur Aufrechterhaltung und Hebung unsres guten Staatskredits bei; diesem obersten Zweck der Staatswirtschaft im jetzigen Augenblick mußte auch der Postbrief sich anpassen.